



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 32

6.11.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	3
DEUTLICH MEHR MITTEL FÜR KOMMUNEN	3
ASYLPAKET IST „VERNÜNFTIGER KOMPROMISS“	3
KLÖCKNERS SILICON VALLEY-VORSCHLÄGE SIND UNKONKRET, UNPASSEND UND UNSERIÖS	4
ENERGIEWENDE IST ERFOLGSGESCHICHTE – REGIONALE VERANKERUNG WICHTIG	4
SEHR HOHE INNOVATIONSDYNAMIK IN RHEINLAND-PFÄLZISCHER INDUSTRIE	5
ZAHLEN UND FAKTEN	6



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD-Landtagsfraktion hat diese Woche ein Impulspapier zur Innovationspolitik beschlossen. Darin enthalten sind zehn konkrete Maßnahmen und Handlungsfelder, wie technologische Entwicklungen, Unternehmensgründungen und -entwicklungen in Rheinland-Pfalz weiter vorangetrieben werden können. Das Impulspapier wird nun – dem Fraktionsbeschluss zufolge – Wirtschaftsverbänden, Kammern, Gewerkschaften und anderen Verbänden zugeleitet und um Hinweise und Rückmeldungen gebeten. Zudem sind Treffen mit rheinland-pfälzischen Start-Ups geplant, um über die Fraktionsvorschläge zu beraten. Ihr findet das Papier in der Anlage und die zehn Vorschläge als Übersicht.

Innovation ist der wichtigste Wachstumstreiber für die rheinland-pfälzische Wirtschaft. Ein Schlüssel für den Erfolg des Bundeslandes ist, dass ein hervorragendes Innovationsklima herrscht. Forschungsergebnisse können dann schnell in neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen münden. Um in der Innovationspolitik bundesweit Maßstäbe zu setzen, müssen für die einzelnen Landesregionen jeweils passgenaue Strategien vorliegen – etwa bezüglich der Branchen Medizin, Gesundheit, Maschinenbau, Produktionstechnik, Logistik und Digitales. Die Unterstützung für Unternehmen muss konzeptionell, organisatorisch und finanziell sein.

In dem Impulspapier zur Innovationspolitik haben wir unter anderem vorgeschlagen, ein landesweites Gründungsnetzwerk aufzubauen, ein Logistiknetzwerk zu schaffen und die Vernetzung in den Bereichen Maschinenbau und Produktionstechnik zu verbessern. Die landesweite IT-Sicherheitskampagne soll auch unmittelbar auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet sein. Für sie soll ein landesweiter Digitalisierungslotse eingerichtet werden."

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alex Schweitzer', is written over a light blue horizontal line.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Deutlich mehr Mittel für Kommunen

Anlässlich der vereinbarten Eckpunkte zur Finanzierung von Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erklärt **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**: „Die Landesregierung unter Führung **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** und die kommunalen Spitzenverbände haben in den vergangenen Wochen konstruktive Gespräche über die künftige Kostenübernahme geführt. Beide Seiten haben sich auf Eckpunkte verständigt, die maßgeblich für die Erstattung sein sollen. Die Gespräche, geführt von **unserer Finanzministerin Doris Ahnen**, waren damit erfolgreich. Das Land wird den Kommunen unter anderem eine Pauschale in Höhe von monatlich 848 Euro je Flüchtling bezahlen. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Land und Kommunen ist ausgewogen und wird beiden Seiten gerecht.“

Auf Basis der vereinbarten Eckpunkte hat die rot-grüne Landesregierung angekündigt, bereits in diesen Tagen eine Änderung am Landesaufnahmegesetz in den Landtag einzubringen. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass nun rasch gesetzgeberische Klarheit bestehen soll. Schon bald steht schwarz auf weiß fest, dass die Kommunen deutlich mehr Mittel für Flüchtlinge erhalten. Zwischen Landesregierung und Kommunen sind überdies verschiedene weitere Punkte vereinbart: Die Kommunen erhalten zu Beginn des Jahres 2016 eine Pauschale in Höhe von 35 Millionen Euro, die sogenannte Flüchtlingsmilliarde des Bundes für 2015 in Rheinland-Pfalz wird gerecht aufgeteilt und die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld werden hälftig auf die Kommunen und das Land verteilt – zum Ausbau und zur Qualitätsverbesserung im Bereich der Kinderbetreuung.

Asylpaket ist „vernünftiger Kompromiss“

Unser Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer wertet das Berliner Asylpaket „als vernünftigen Kompromiss“: „Union und SPD haben sich auf durchdachte und praktikable Maßnahmen geeinigt. Diese sind geeignet, Länder und Kommunen mittelfristig bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegung zu entlasten. Die Flüchtlinge in den neu zu schaffenden Aufnahme-Einrichtungen können schneller registriert und die Asylverfahren der dort untergebrachten Menschen rascher bearbeitet werden. Eine positive Folge wird sein: Die staatlichen Stellen können Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive schneller in ihre Heimatländer zurückschicken. Die Berliner Einigung ist ein Erfolg für **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer**. Letztlich hat sich ihre pragmatische Linie durchgesetzt: Flüchtlinge müssen in Deutschland angemessen untergebracht und versorgt werden, der Staat muss die Kontrolle über die Zuwanderung haben. Es darf aber unter keinen Umständen auf die Errichtung von Zäunen gesetzt werden, wie sie CDU und CDU fordern.“

Für die SPD-Fraktion ist unabhängig von der gestrigen Einigung ist nicht mehr hinnehmbar, dass der Bund bis heute keine nennenswerten Verbesserungen bei dem Kernproblem der aktuellen Flüchtlingspolitik

hinbekommt. Die Asylverfahren dauern viel zu lange. So können Asylbewerber, die derzeit ankommen, erst im Juni 2016 mit einer ersten Anhörung rechnen. Das ist untragbar. Erst wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für schnelle Asylverfahren sorgt, ist mit einer dauerhaften Entlastung in der Flüchtlingspolitik zu rechnen.

Klößners Silicon Valley-Vorschläge sind unkonkret, unpassend und unseriös

„Unkonkret, unpassend und nicht praxistauglich sind die heute von der CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klößner präsentierten Überlegungen zur rheinland-pfälzischen Wirtschaft und dem US-amerikanischen Silicon Valley“, erklärt unser Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer anlässlich des von Julia Klößner präsentierten Papiers. „Frau Klößner spricht sich etwa für Testregionen in strukturschwachen Gegenden von Rheinland-Pfalz aus, um Hightech-Gründer von der Abwanderung abzuhalten. Aus den Sonderwirtschaftszonen à la Nordkorea, die sie vor kurzem noch gefordert hat, wurden nun diese Testregionen. Was sie in diesen konkret ändern möchte, sagt sie nicht. Fraglich ist auch, was sich hinter ihrer Forderung verbirgt, den dortigen Unternehmen ‚finanziell entgegenzukommen‘. In Zeiten des EU-Beihilferechts sind solche wirtschaftspolitischen Ankündigungen unseriös. Im Ungefähren bleibt sie, wenn sie anregt, gerade den Mittelstand bei dem Thema Datensicherheit zu unterstützen. Bei diesem wichtigen Thema hat die SPD-geführte Landesregierung bereits mehrfach Akzente gesetzt. So führt etwa der Verfassungsschutz verstärkt Veranstaltungen zu IT-Sicherheit und Wirtschaftsspionage für Kammern sowie kleinere und mittlere Unternehmen durch – im Jahr 2014 allein 42 Treffen für etwa 1.000 Personen aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.“

Energiewende ist Erfolgsgeschichte – Regionale Verankerung wichtig

Anlässlich der jüngsten Debatte über die Energiewende in Rheinland-Pfalz erklärt unser energiepolitischer Sprecher **Marcel Hürter**: *„Die Energiewende ist eine große Chance für Rheinland-Pfalz, der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land geht gut voran. Bereits jetzt stammt mehr als ein Drittel der in Rheinland-Pfalz produzierten Strommenge von regenerativen Energieträgern. Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans IV setzt die Rahmenbedingungen für die Wind- und Solarenergienutzung in Rheinland-Pfalz. Sie gibt den Kommunen eine größere Planungsfreiheit, mehr Planungsverantwortung und macht die Windhöflichkeit zu einem wichtigen Grundsatz bei der Auswahl der Standorte von Windenergieanlagen. Wichtig ist, die Dynamik des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zu erhalten.“*

Die SPD-Fraktion setzt weiterhin auf eine regional verankerte und nicht zuletzt bürgergetragene Energiewende. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie die der Wirtschaft müssen beachtet werden. Denn nur gemeinsam kann die Energiewende vorangebracht und eine Energieversorgung sichergestellt werden, die weiterhin die Balance aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und wirtschaftlicher Stabilität garantiert. Um die Energiewende in allen Facetten erfolgreich zu gestalten, wird es großer Anstrengungen bedürfen: Im Strombereich ist Rheinland-Pfalz bereits auf einem guten



Weg. Im Wärmebereich und bei der Verkehrswende stehen noch verschiedene Herausforderungen an; dies gilt auch für die Themen Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Sehr hohe Innovationsdynamik in rheinland-pfälzischer Industrie

Anlässlich der Vorstellung des „Industriekompass 2015 – Rheinland-Pfalz“ erklärt **Jens Guth**, unser wirtschaftspolitische Sprecher: *„Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe beschäftigen rund 289.000 Menschen und erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 90 Milliarden Euro. Die rheinland-pfälzische Industrie leistet einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft. Bundesweit zählt sie zu den Spitzenreitern. Von besonderer Bedeutung ist die starke Exportorientierung der hiesigen Industrie: Die Exportquote lag im Jahr 2014 bei einem Rekordwert von 53,1 Prozent. Dabei prägt eine hohe Innovationsdynamik die hier ansässigen Unternehmen und ist die Triebfeder des wirtschaftlichen Erfolgs auch im internationalen Umfeld.“*

In dem Industriekompass ist auch deutlich herausgearbeitet, dass das von SPD-geführten Landesregierungen ausgebaute und weiterentwickelte Bildungssystem Ursache für den Erfolg ist: Die dezentrale Hochschullandschaft mit vielen Angeboten in der Breite sowie die hohe Ausbildungsquote durch zahlreiche Ausbildungsbetriebe und die Durchlässigkeit des Ausbildungssystems. Dazu kommen die hohe Kapazität und die flexiblen Angebote in der Kleinkinderbetreuung. Als SPD-Fraktion setzen wir außerdem darauf, unseren großen Standortvorteil, das Zusammenspiel zwischen Industrieunternehmen, innovationsstarkem Mittelstand und den damit verflochtenen Dienstleistungen, weiter zu stärken. Dazu gehört auch die Chancen der Industrie 4.0 zu nutzen, und damit Produktionen im Land zu halten, aufzubauen oder zurückzuholen. Wir wollen die Digitalisierung der Wirtschaft gemeinsam mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Wirtschaft gestalten.

ZAHLEN UND FAKTEN

10 VORSCHLÄGE FÜR DEN INNOVATIONENSTANDORT RHEINLAND-PFALZ

